



KOSTENLOS

Geegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 189

Wilhelmshaven

April 2003

Kein Frieden in Sicht

Aktionen der Wilhelmshavener Bevölkerung gegen den Golfkrieg



Inhalt

Der Golfkrieg bestimmt diesmal den Inhalt. Auf 4 Seiten berichten und kommentieren wir die Aktionen in Wilhelmshaven. Dieser ausführlichen Berichterstattung sind leider mehrere Artikel zum Opfer gefallen. So fehlen u.a. unsere Berichte über die Aktionen der Fgrodener Jugend zum Erhalt ihres Freizeitentrums, ein Artikel zu den putschartigen Vorkommnissen in der Wilhelmshavener CDU, und auch unsere Kurzmeldungen fielen dem Krieg zum Opfer.

Mehr Raum als sonst nehmen diesmal auch die Ratsplitter auf den Seiten 6 und 7 ein.

Auf Seite 8 stellen wir die erfolgreiche Arbeit der Gesellschaft für Arbeitsvermittlung und Qualifizierungsförderung, kurz GAQ, vor.

Der Arbeitskreis Jugendkriminalität im Kriminalpräventionsrat hat sich mit einem offenen Brief an die Verantwortlichen der Stadt gewandt. Auf Seite 9 veröffentlichen wir diesen Hilferuf der Wilhelmshavener Jugend.

Die Aktivitäten des Herrn Frerichs gehören inzwischen zum Gegenwind wie der JadeWeserPort oder die Ratsplitter. Neues vom Bürger Frerichs auf Seite 10.

Der JadeWeserPort fehlt natürlich auch in dieser Ausgabe nicht. Wir veröffentlichen auf Seite 11 eine Stellungnahme der Bürgerinitiative und einige Gedanken zu den immer wieder angekündigten Super-Containerschiffen.

Der Internationale Frauentag 2003 ist zwar schon einige Wochen her - wir berichten trotzdem auf Seite 12 über eine beachtenswerte Veranstaltung.



Kein Blut für Öl

Proteste gegen den Irak-Krieg auch in Wilhelmshaven

(ub/iz) Der Krieg hat begonnen! In der Nacht zum 20. März haben US-amerikanische Truppen in Koalition mit britischen Militärverbänden den Angriff auf den Irak gestartet. Seitdem protestieren weltweit Millionen Menschen täglich gegen die aggressive Interventionspolitik von Tony Blair und George Bush. Auch hier in Wilhelmshaven hat sich die örtliche Friedensbewegung auf den "Tag X", vorbereitet. Den Auftakt des Protestes gegen den Krieg im Irak bildeten jedoch spontan organisierte Schülerdemonstrationen. Sehr zum Unmut einiger Schulleiter, städtischer Bediensteter und anderer Würdenträger.



Für den Fall dass die "Koalition der Willigen" die "Achse des Bösen" angreift, war unter Friedensbewegten verabredet, sich "spontan" zu Protesten vor der Nordseepassage zu treffen. Frei nach dem "braven Soldaten Schwejk" war der Protestbeginn auf '18 Uhr am Tag des Kriegsbeginns' festgelegt. An die 400 Menschen wurden gezählt, die dieser Flüsterbotschaft folgten. Nicht schlecht für eine Stadt, in der diejenigen, die berufsbedingt dem Säbelrasseln näher stehen, ganz wesentlich die öffentliche Meinung bilden, während der aktive Kern der Friedensbewegung selten Wohngruppenstärke übersteigt.

Heute Nacht hat der Krieg gegen den Irak begonnen. Es ist ein unbegründeter Krieg, der auch keinen Frieden und keine Demokratie bringt, sondern nur noch mehr Leid für die Bevölkerung des Irak... Wir können ihn nicht mehr verhindern. Dennoch sollten vor allem wir als Jugend ein Zeichen setzen gegen Gewalt, gegen Unrecht, gegen Kriegstreiberei. Jeder soll sehen, dass wir mit diesem Krieg nicht einverstanden sind....

Stefan Schimming, Jugendparlament

Anschließend zog etwa die Hälfte der Versammelten in einem spontanen Demonstrationzug durch die Markt- und Grenzstraße. Am Ende der Fußgängerzone ging es zwangsläufig auf der Fahrbahn von Peter- und Virchowstraße zurück zum Ausgangspunkt. Erst kurz vor der Virchowstraße stießen einige Polizeifahrzeuge zu den Demonstrierenden. Ohne sich einzumischen, sicherten die Beamten die Kreuzungen. Doch auch ohne ihr Eingreifen hätte keinerlei Gefahr bestanden, weil Demonstranten und motorisierte Verkehrsteilnehmer rücksichtsvoll miteinander umgingen. Busfahrer zuckelten geduldig hinter den Marschierenden her, bis sich eine Gelegenheit zum Abbiegen bog. "Ich bin nicht sauer. Ist schon in Ordnung, was ihr da macht," sagte einer auf unsere Frage nach seiner Befindlichkeit.

Auffällig ist: Diese erste Kundgebung und

Demonstration gegen den Krieg im Irak wird hauptsächlich von jungen Menschen getragen. Schülerinnen und Schüler sind an diesem ersten Protestabend deutlich in der Mehrheit. Ein Vertreter des Jugendparlaments und ein Schüler der Hauptschule Heppens melden sich auf der Auftaktkundgebung zu Wort. Wir dokumentieren nachstehend Auszüge aus den Redebeiträgen dieser Protestkundgebung.

Ich möchte heute einige Anregungen zum Nachdenken und zum Handeln geben, damit möglichst viele von uns hier aus ihrer Resignation herauskommen...

Kriege gehören zum Kapitalismus, wie Erdbeben und Überschwemmungen zur Natur... Wir können Bestrebungen unterstützen, die eine gerechtere Weltordnung für alle Völker zum Ziel haben... Wir sollten internationale Einrichtungen wie den Haager Gerichtshof unterstützen und auch die Leute von Attac, die Globalisierungsgegner... Mit Amerika sollten wir es uns nicht zu leicht machen. Dieses Land bringt immer wieder hervorragende kulturelle Leistungen hervor... Amerika ist auch das Land der Menschenrechte, das Land, das uns maßgeblich vom Nationalsozialismus befreit hat...

"Der Hauptfeind steht im eigenen Land", hat Liebknecht gesagt. Für uns in Wilhelmshaven könnte das heißen: Jegliches Militärgelände bekämpfen, keine Kinder mehr auf Kanonen und Torpedos reiten lassen...

Das alte imperiale Amerika trumpft noch einmal auf, aber die Welt wird sich wehren, die Stunde Amerikas als Weltpolizist wird bald schlagen...

Johann Janssen, Arzt

Auffällig ist aber auch, dass die gewählten Vertreter des Volkes durch Abwesenheit glänzen. Kommunale Politiker z. B. von SPD, Grüne/Bündnis 90 und WALLI werden nicht gesichtet. Auch sucht man vergeblich nach bekannten Gesichtern aus der Gewerkschaft.

Bereits am Vormittag hatten Schülerinnen und Schüler die ersten Aktionen gegen den Krieg organisiert. Per Handy hatte man schulübergreifend Kontakt aufgenommen und eine Demonstration organisiert. Unter dem Motto "Kein Blut für Öl" und "Stoppt den Krieg am Golf" ließen sie Federtasche und Lineal links liegen und zogen zum Rathaus, um lautstark zu protestieren. Zu laut und erst recht zu spontan. Zumindest nach Ansicht einiger Schulleiter und städtischer Bediensteter. Die WZ jedenfalls berichtet andern Tags, dass im Rathaus wegen des Ansturms der protestierenden Schüler die "Mitarbeiter der Verwaltung...die Bürotüren schützend verschließen"

mussten. Sogar Papierschnipsel sollen achtlos auf dem Rathausplatz weggeworfen worden sein. Und überhaupt fand insbesondere auch der Wilhelmshavener Verwaltungschef OB Menzel nach Informationen der Wilhelmshavener Zeitung "wenig Gefallen am spontanen Protest" (WZ vom 21.03.03). Statt mit den jungen Menschen über ihre Ängste zu sprechen, schloss er sich in seinem Büro ein. Dass die Schüler sich lautstark Gehör verschaffen wollten, empfanden städtische Pressesprecher als "unangemessen". Zusammen mit den Papierschnipseln hätte die Aktion "einen üblen Nachgeschmack" hinterlassen. Den hatten die Protestierenden gewiss auch.

Dass Wilhelmshavener Schüler überhaupt gegen den Krieg protestieren, missfällt auch einigen Schulleitern - zumindest wenn Mathe oder Bio laut Stundenplan dran sind. So soll es Versuche an verschiedenen Schulen gegeben haben, die Schüler an der Teilnahme dieser ersten Demonstration gegen den neuerlichen Irakkrieg in Wilhelmshaven zu hindern. Schulverweise und andere Sanktionen sollen angedroht worden sein. Dass es anders geht, zeigen die Lehrer der IGS: Mit Billigung der Schulleitung begleiten sie die Protestaktionen ihrer Schüler, um die Aufsicht zu gewährleisten, wie es heißt.

Noch niemand hat uns richtig erklärt, warum dieser Krieg stattfinden soll... Warum wird Saddam Hussein so in die Enge getrieben? ... Es gibt viele andere Länder, die jedenfalls auch chemische und biologische Waffen besitzen. ... Und warum darf ein einziger Mann (Bush) über Millionen Meinungen hinweg entscheiden? Warum sollen wir denn nicht über Frieden und Krieg entscheiden dürfen? ... Wir sollten jetzt noch versuchen, den Krieg zu stoppen!!

**Jasmin Remmers,
Hauptschule Heppens Klasse 8a**



Wilhelmshavener helfen e.V.

FairMarkt

Die Schnäppchenfundgrube

Rheinstr. 98 Tel.: 04421/45 57 88
Mo - Fr 10 - 13 und 14 - 18 Uhr
Sa 10 - 14 Uhr
Möbellager
im Textilhof Ulmenstraße
Mi 16 - 18, Sa 12 - 15 Uhr

kommentar

"Manchmal hat man nicht genug Kopf zum Schütteln!" (Ernst Bloch)

Wer kennt sie nicht, die Klagen über die so unpolitisch gewordenen, egozentrischen Schülerinnen und Schüler. Den etablierten Parteien brechen die Jugendorganisationen weg. Kaum Nachwuchs auch bei den Gewerkschaften. Nur mit Mühe lässt sich ein Jugendparlament organisieren. Schülerzeitungen mit politischem Inhalt sind Schnee von gestern. Aber jetzt wieder, wie schon beim letzten Golfkrieg, zeigen besonders Schülerinnen und Schüler ihre Betroffenheit und protestieren mit Transparenten und Plakaten lauthals gegen den Kriegswahnsinn. Vielerorts sind gerade junge Leute der Motor dieser politischen Protestbewegung. Und jetzt könnten die, die sich diesmal in der "großen" Politik verbal auf die Seite der Kriegsgegner gestellt haben, doch mindestens den jungen Leuten, die sich solidarisch zeigen mit dem bedrohten irakischen Volk, ihre Anerkennung aussprechen. Besser noch wäre, sie würden Vorbild sein und sich zeigen an den Orten des Protestes. So wie beispielsweise Bundestagspräsident Thierse und andere aus dem Parlament auf der Großdemo in Berlin. Wie kleinkariert muss man eigentlich sein, um stattdessen die Verunreinigung eines öffentlichen Platzes mit Papierschnipseln überhaupt zu thematisieren? Skandalös auch die Bearbeitung des Themas Krieg an Wilhelmshavener Schulen! Da wurden demonstrierende Schüler als Schulschwänzer ins Klassenbuch eingetragen. Organisationsleiter des Protestes wiesen im Gespräch mit dem Gegenwind darauf hin, dass man ihnen mit Schulverweis gedroht habe. Perfide auch die Aufforderung einiger Lehrkörper, man möge doch außerhalb der Unterrichtszeit demonstrieren, von wegen der Glaubwürdigkeit! Wer so etwas in der Schule lernt, traut sich später vielleicht auch nur im Urlaub zu streiken? Solch eine Denkweise hat Lenin zum Anlass genommen, darüber zu höhnen, dass deutsche Arbeiter, so sie denn eine Revolution auf dem Bahndamm begännen, zuvor eine Bahnsteigkarte kaufen würden. Man mag über die Borniertheit einiger Schulleiter und Lehrer den Kopf schütteln. Wenn politischen Entscheidungsträger in ihren öffentlichen Stellungnahmen zum Protest gegen den Krieg Lärm und Verunreinigung in den Mittelpunkt stellen, mag man darüber lachen. Fakt ist, dass viele junge Menschen jetzt verunsichert sind, einige sogar aus Angst heraus kommenden Protestaktionen fernbleiben wollen. Wegen der Teilnahme an einer Friedensdemonstration von der Schule zu fliegen, ist absurd. Anscheinend wissen das nicht alle Schüler. Also muss man es ihnen sagen. Der Krieg kann noch lange dauern. Solange er dauert, findet mindestens jeden Donnerstag um 18 Uhr vor der Nordseepassage eine Protestkundgebung statt. Hoffentlich weiterhin mit vielen jungen Leuten! Und hoffentlich bald auch mit Lehrern und Schulleitern, die in ihrer unterrichtsfreien Zeit das Mikrophon ergreifen und sich solidarisch erklären mit ihren Schülern!

Uwe Brams

"Ihr seid antiamerikanisch", wird uns immer wieder vorgeworfen. Dieser Vorwurf trifft uns nicht. Wir wissen deutlich zu unterscheiden zwischen Amerika mit seinen Menschen und der Politik, die von der jetzigen amerikanischen Regierung gemacht wird. Geplant ist dieser Krieg von der amerikanischen Regierung schon vor dem 11. September 2001. In seinem "Bericht zur Lage der Nation" spricht Präsident George W. Bush am 29. Januar 2002 auch über seine Ziele im "Krieg gegen den Terrorismus". Zum Irak: "Es ist eine Regierung, die Dinge vor der zivilisierten Welt zu verstecken hat". Was würden Waffeninspektoren alles finden, wenn sie den Auftrag hätten, in Amerika nach atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen zu suchen?!

Stellen Sie sich bitte vor: Nach 1945, als der zweite Weltkrieg zu Ende gegangen war, wäre der alliierte Bombenkrieg weitergegangen in unserem Land, Tag für Tag. Und stellen Sie sich vor: Man hätte uns ein fast totales Embargo auferlegt, man hätte uns 12 Jahre lang von allen lebenswichtigen Zufuhren abgeschnitten. Genau das ist der Alltag des leidgeprüften Volkes im Irak. Krieg und Blockade haben den Irak, bis in die 80er Jahre hinein ein wohlhabendes

Land, von höchstem Bildungs- und Kulturstandard ausgezeichnet, in unvorstellbare Armut gestürzt. Auffällig ist die Krebsrate angestiegen, vor allem bei Kindern, eine Folge davon, dass die Amerikaner tonnenweise uranhaltige Munition abgeworfen haben. ... Unter den Ausländern im Irak sind auch viele amerikanische Bürger, um Solidarität zu bekunden und zu zeigen, was auch auf den Demonstrationen in USA gesagt wurde: nicht in unserem Namen! Stop the war!

Helmut Wartjen, Pastor



Antiamerikanismus: Fuck the USA?

Auf der Anti-Irakkrieg-Kundgebung am 27. März meldete sich ein junger Demonstrant zu Wort und machte unmissverständlich klar, dass es ihm völlig egal sei, ob er des Antiamerikanismus bezichtigt werde. Das, was momentan im Irak geschieht, veranlasste ihn zu den herben Worten: Fuck the USA, Fuck Bush!

Von einem etwas gesetzter wirkenden Mitdemonstranten wurde er daraufhin scharf in die Schranken verwiesen.

Genau so häufig, wie sich Anti-Kriegsdemonstranten versichern, dass sie natürlich auch gegen Saddam seien, betonen sie, nicht antiamerikanisch zu sein. Warum sie das tun, weiß eigentlich keiner - aber antiamerikanisch zu sein muss ganz etwas Schlimmes sein.

In der Frankfurter Allgemeinen erschien am 2.10.2002 ein Artikel, in dem sich die indische Schriftstellerin Arundhati Roy mit dem Antiamerikanismus auseinandersetzte:

Jene, die in den letzten Wochen Kritik an der amerikanischen Regierung geübt haben, wurden des Antiamerikanismus bezichtigt. Dieser Begriff erhält gegenwärtig die Weihen einer Ideologie. Gewöhnlich verwendet das amerikanische Establishment diese Bezeichnung, um seine Kritiker zu diskreditieren und ihnen ein (nicht völlig falsches, eher: ungenaues) Etikett zu verpassen. Sobald jemand als Antiamerikaner abgestempelt ist, kann der Betreffende damit rechnen, umstandslos verurteilt zu werden, und sein Argument wird im Aufschrei eines verletzten Nationalstolzes untergehen. Was bedeutet Antiamerikanismus? Dass man nicht gern Jazz hört? Dass man gegen Meinungsfreiheit ist? Dass man nicht für Toni Morrison oder John Updike schwärmt? Bedeutet es, dass man die Hunderttausende von Amerikanern nicht bewundert, die gegen Atomwaffen demonstrieren haben? Oder die Tausende von Kriegsdienstverweigerern,

die ihre Regierung zwingen, sich aus Vietnam zurückzuziehen? Bedeutet es, dass man alle Amerikaner hasst?

Diese raffinierte Vermengung von amerikanischer Musik, Literatur, der atemberaubenden Schönheit des Landes, den einfachen Vergnügungen der einfachen Leute mit der Kritik an der Außenpolitik der amerikanischen Regierung ist eine bewusste und außerordentlich wirkungsvolle Methode. Es erinnert an eine zurückweichende Truppe, die in einer dichtbevölkerten Stadt Unterschlupf sucht, in der Hoffnung, der Feind werde aus Sorge vor zivilen Opfern von einem Beschuss absehen.

Viele Amerikaner wären verärgert, wenn man sie mit der Politik ihrer Regierung identifiziert. Die nachdenklichsten, schärfsten, bissigsten und geistreichsten Kommentare über die Heuchelei und die Widersprüche der amerikanischen Politik stammen ja gerade von den Amerikanern selbst. ... Jemandem Antiamerikanismus vorzuwerfen, ist Ausdruck eines Mangels an Phantasie, der Unfähigkeit, die Welt anders zu sehen als in der vom Establishment vorgegebenen Weise: Wer nicht gut ist, ist böse. Wer nicht für uns ist, ist für die Terroristen.

Wissen die Leute, die uns heute "Anti-Amerikanismus" vorwerfen, eigentlich, was Amerikanismus ist? Wissen Sie es, weißt du es? In den einschlägigen Nachschlagewerken ist dazu keine Definition auffindbar.

Es gibt einen fassbaren Anti-Amerikanismus in den Ländern der 3. Welt, die sich dagegen wehren, dass ihrer Tradition ein westliches Weltbild verordnet wird, es gibt in Europa Widerstände gegen die Amerikanisierung der Wirtschaftsordnung - all das mag ja anti-amerikanisch sein - doch der Kampf gegen den Krieg kann nie anti-amerikanisch sein.

Hannes Klöpfer

(Den vollständigen Artikel von Arundhati Roy finden Sie in unserer Internet-Ausgabe)

Länder, die seit dem 2. Weltkrieg von den USA bombardiert wurden:

| | |
|------------|------------------------|
| 1945/46 | China |
| 1950/53 | Korea |
| 1954 | Guatemala |
| 1958 | Indonesien |
| 1959/60 | Kuba |
| 1964 | Belgisch Kongo |
| 1965 | Peru |
| 1964/75 | Laos |
| 1961/73 | Vietnam |
| 1967/69 | Guatemala |
| 1969/70 | Kambodscha |
| 1983 | Grenada |
| 1986 | Libyen |
| 80er Jahre | El Salvador, Nicaragua |
| 1989 | Panama |
| 1991/99 | Irak |
| 1995 | Bosnien |
| 1998 | Sudan |
| 1999 | Jugoslawien |
| 2002 | Afghanistan |
| 2003 | Irak |

Chronik der "Beziehungen" zwischen USA und Irak

1953

Der CIA ermordet den demokratisch gewählten iranischen Ministerpräsidenten Mossadaq, weil er vorhatte, die Ölindustrie im Iran zu verstaatlichen. Schah Reza Pahlavi wird als Herrscher eingesetzt.

1977

Islamische Revolution unter Ajatollah Khomeini, Iran wird für die USA "Reich des Bösen", weshalb sie den Irak unter Saddam Hussein mit vielerlei Waffen und Giftgas aufrüsten.

1979

Beginn des ersten Golfkriegs. Saddam Hussein setzt unter den Augen der Amerikaner Giftgas ein, um den nahenden Sieg der Iraner zu verhindern.

1991

Saddam wird in die Kuwait-Falle gelockt. Beginn des 2. Golfkriegs, den u. a. Deutschland mit rund 25 Mio DM unterstützt. Einrichtung fester US-Militärstützpunkte in Saudi-Arabien und den arabischen Nachbarländern. Beim verabredeten Rückzug aus Kuwait werden Hunderttausende irakischer Soldaten kaltblütig getötet und dann mit Bulldozern im Wüstensand verscharrt. Die Schiiten im Süden des Landes werden zum Aufstand gegen Saddam aufgewiegelt und dann - wie auch die Kurden im Norden - von den Amerikanern im Stich gelassen, als Saddam Giftgas und Soldaten einsetzte.

Nach Ende des 2. Golfkriegs

Die USA setzen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Wirtschaftsblockade gegen den Irak durch. Diese bewirkte, dass seitdem rund 1,7 Millionen irakischer Zivilisten, darunter 700.000 Kinder gestorben sind - an Krankheiten, die es im Irak längst nicht mehr gab, an Unterernährung und mangelnder medizinischer Versorgung. Diese US-Strategie sollte das irakische Volk gegen den Diktator Saddam aufbringen, hat aber statt dessen einen tiefen Groll gegen die USA hervorgerufen. Das Volk leidet seit 12 Jahren.

Die Fahne bleibt zu Hause!

(iz) Für eine Kundgebung, eine Demonstration braucht man erfahrungsgemäß Leute, die organisieren, moderieren, die Initiative ergreifen. Außerdem braucht man Transparente, Parolen und ein Megaphon oder was anderes als Stimmverstärker für die Redner. In diesem Zusammenhang müssen die Teilnehmer/innen der Wilhelmshavener Friedensdemos der MLPD (Marxistisch-leninistische Partei Deutschland) dankbar sein. Deren Mitglieder brachten alles mit, was man für eine Demo benötigt.

Bei der ersten Kundgebung am 20.3. lief es auch prima. Abgesehen von kleinen Aufklebern gegen den Krieg, die verteilt wurden, tauchte kein Parteiabzeichen auf. Doch bei der zweiten Kundgebung eine Woche später (zu der übrigens schon deutlich weniger Wilhelmshavener/innen den Hintern hoch kriegten) schlichen sich die 4 Buchstaben zunächst durch ein Hintertürchen ein, das im Laufe der Veranstaltung zu einem ziemlich peinlichen Scheunentor wurde. Ein Zwölfjähriger aus der großen MLPD-Familie hatte eine eindrucksvolle Rede gehalten. Sein Auftritt wäre auch in guter Erinnerung geblieben, hätte nicht im Anschluss ein Parteimitglied ein offensichtlich einstudiertes Interview mit ihm geführt, mit dem Ergebnis: Ja, meine große Schwester ist in der MLPD, und wer da mitmacht ... kommt zur MLPD ... Zeltlager ... der Rest ging im Lärm zahlreicher Trillerpfeifen unter, mit der die (ebenfalls super organisierten!) SchülerInnen und junge Antifaschisten ihrem Protest gegen diese Parteiveranstaltung Luft machten.

Also, bitte, bitte, liebe MLPDler: nächsten Donnerstag bitte keine Parteierwerbung mehr!

So lange der Krieg dauert, findet jeden Donnerstag um 18 Uhr auf der "Rambla" zwischen Nordseepassage und Karstadt eine Kundgebung gegen den Krieg im Irak statt. Mit einem sogenannten offenen Mikrofon kann jede/r sich mit einer persönlichen Stellungnahme zum Krieg beteiligen.

Initiative gegen Kriege

Treffen: Jeden Mittwoch um 20.00 Uhr im Willi-Bleicher-Zentrum (Gewerkschaftshaus)



Staatstragender Protest

Das ist schon merkwürdig: 400 Menschen finden sich, teils durch mündliche Absprachen, teils spontan, zu einer Kundgebung zusammen. Sie ist ebenso wenig angemeldet und genehmigt wie der nachfolgende Demonstrationszug. Der bewegt sich über befahrene Straßen, doch kein Polizist schreitet ein, um die Teilnehmer auf den Bürgersteig zu nötigen oder das Ganze aufzulösen. Die Beamten regeln in stillem Einvernehmen den Verkehr. Auch während der Kundgebung stehen nur kurzfristig einige Uniformierte und Mitarbeiter des Staatsschutzes am Rande.

Sie müssen es gewusst haben, unsere Ordnungshüter. Auf der ganzen Welt haben sich an diesem Tag, diesem Abend Millionen von Menschen zusammengefunden, um ihrer Ablehnung gegen den Kriegstreiber Bush Ausdruck zu verleihen. Und die Polizei schaut zu und ist ganz Freund und Helfer. Nicht überall. In den USA, der selbst ernannten Wiege von "Freiheit" und "Demokratie", erwarten friedliche Demonstranten staatliche Repressalien.

Aber in Wilhelmshaven und vermutlich auch vielen anderen deutschen Städten lässt die Polizei die Menschen gewähren. Das macht misstrauisch. Da ist man auf Dutzenden von angemeldeten Demos gewesen, gegen Atomkraftwerke, gegen Rüstung, für Arbeitnehmerrechte, für den Frieden. Ist weggedrängt, eingekesselt, an den Haaren weggeschleift, aus Hubschraubern und mit Wasserwerfern angegriffen worden. Und nun das. Wir dürfen endlich mal das tun, was uns das Grundgesetz zubilligt. Aus der Gewohnheit schwer zu verkraften. Andersrum: Warum kann es nicht immer so sein? Warum können wir zunehmend unsere Meinung nur noch bei Wahlen kund tun, ohne dass die Staatsgewalt auf uns los geht?

Ehe wir anfangen, von einer besseren Welt mehr als zu träumen, müssen wir uns bewusst machen: Im Moment vertreten wir auf der Straße außer unserer Meinung auch die unseres Staatsoberhauptes Gerhard Schröder und seiner Gefolgsleute. Die Beweggründe mögen verschieden sein, gemeinsam ist uns die Ablehnung des US-Feldzugs gegen den Irak. Unsere Demonstrationen sind also, wenn auch ungewollt, staatstragend.

In unsere Überraschung könnte sich etwas Freude mischen, wüssten wir nicht, dass die Repressalien diesmal von nicht uniformierter Seite kamen, sondern von Lehrkräften, die aus Angst um die Karriere oder zumindest in voreilem, nicht reflektiertem Gehorsam ihre Schüler/innen daran hindern wollen, ihre Meinung, ihre Gefühle, ihre Ängste kundzutun. Formalismus und Kuschverhalten ersetzen den besten Knüppel. Die Freiheit bleibt auf der Strecke.

Imke Zwoch

Krieg im Irak

- Freie Humanisten beziehen Stellung -

Entgegen dem Willen der Mehrheit der Mitglieder des UN-Sicherheitsrates führen die USA und Großbritannien, unterstützt von weiteren Regierungen, eine militärische Aktion im Irak durch. Ziel ist es, das Regime Saddam Husseins zu stürzen und vermutete Massenvernichtungswaffen zu beseitigen.

Die Freien Humanisten Wilhelmshaven, Gemeinschaft der Freien Humanisten Niedersachsen, verurteilen den US-Angriff als einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, der weder durch die UN-Charta noch durch Sicherheitsrats-Resolutionen gedeckt wird. Als Signal gegen den Krieg weht auf Beschluss des Präsidiums der Freien Humanisten Niedersachsen vor dem Haus Humanitas in Hannover unsere Verbandsfahne bis auf weiteres auf Halbmast.

Als Vertreter der weltlichen Humanisten unseres Landes nehmen wir im Zusammenhang mit dem Krieg folgendermaßen Stellung:

- Wir trauern um die unschuldigen Menschen, die durch Kriegseinwirkungen sterben. Sie sind die einkalkulierten Opfer von Politikern, für die politische Ziele wichtiger sind als menschliches Leben.
- Wir teilen den Schmerz der Angehörigen, die Familienmitglieder verlieren.
- Wir fühlen mit den Hunderttausenden, die vor dem Krieg flüchten müssen, ihr Hab und Gut verlieren und dabei entwurzelt werden.
- Wir klagen die USA an, weil sie kriegerische Interventionen als akzeptables Instrument der Politik im 21. Jahrhundert einsetzen. Den Angriff auf den Irak beurteilen wir als Aggressionskrieg, den wir aus ethischen Gründen entschieden ablehnen - obwohl wir die Diktatur im Irak verurteilen.
- Wir befürchten, dass die Irak-Intervention der USA der Einstieg in eine neue Weltmachtspolitik ist, durch die andere Staaten dominiert oder in ihrer Souveränität eingeschränkt werden. Wir fragen uns voller Sorge, welcher Staat Ziel der nächsten Intervention sein wird.
- Wir stellen fest, dass der Krieg auch durch militärische Siege der USA und ihrer Alliierten nicht gerechter wird. Das gilt selbst dann, wenn uns die Medien zeigen, wie Interventions-Soldaten durch die einheimische Bevölkerung begrüßt werden.
- Wir verurteilen die kriegsunterstützenden Massengebete in den US-Kirchen, wie in den Moscheen des Irak, gleichermaßen. Sie missbrauchen Religion für Machtzwecke im Sinne einer Regierung. Wir verurteilen auch die Religionen, die sich auf diese Weise missbrauchen lassen.
- Wir sind befremdet, dass der US-Präsident nur für die US-Soldaten betet, weil er damit deutlich zeigt, dass es ihm vorrangig um sein Land geht und nicht um alle Menschenleben.
- Wir sind entsetzt, dass die USA den Krieg per Live-Übertragung aus Frontpanzern auf Videospielelevel ins Fernsehen bringen. Krieg ist weder Spiel noch Unterhaltung.
- Wir sind in großer Sorge, dass die Türkei die Gunst der Stunde nutzen könnte, um im Schutz der NATO militärisch gegen das Selbstbestimmungsrecht der Kurden im Irak vorzugehen.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Friedenspolitik konsequent fortzuführen, auch wenn der politische Druck dagegen noch zunimmt.
- Wir sind besorgt um die politische Kultur in Deutschland. Oppositionsparteien nutzen die Ablehnung des Krieges durch die Bundesregierung für ihre parteipolitischen Zwecke.
- Wir haben Hochachtung vor denen, die sich aus Überzeugung gegen den Krieg einsetzen und dadurch persönliche Nachteile in Kauf nehmen.
- Wir fordern unsere Mitglieder und alle anderen friedliebenden Menschen auf, gewaltfreie Aktionen gegen den Krieg zu unterstützen.

**Freie Humanisten Wilhelmshaven
Anne Fleßner und Wolfgang Eiben, Vorstandsmitglieder**

Fluch und Segen des schwarzen Goldes *)

“Kein Blut für Öl!“ Mit dieser Forderung bringt eine weltweite Friedensbewegung ihren Protest gegen den Eroberungskrieg der Koalition der Willigen gegen den Irak auf den Punkt. Die Kriegsbefürworter bestreiten das dahinter steckende Kriegsmotiv. Sie versuchen alle, die mit dieser eingängigen Schlagzeile agieren, als antiamerikanische Demagogen zu diffamieren oder verächtlich als geistig etwas zurückgeblieben abzutun. Doch das amerikanische Kriegsmotiv ‘Blut für Öl’ lässt sich durch starke Indizien unterfüttern...

Am Persischen Golf liegen nicht nur die bei weitem größten Öllagerstätten der Welt. Der Lebenssaft der Industriegesellschaft lässt sich dort auch am billigsten fördern. Die Produktionskosten liegen dort bei drei Dollar pro Barrel (pro 159 Liter). Zudem sind die Förderkapazitäten in der Golfregion so hoch, dass sie die Welt mit so billigem Öl versorgen könnten, dass die Ölförderung anderer Öl produzierender Staaten (z.B. Großbritannien, Norwegen und Russland) wegen Unwirtschaftlichkeit zum Erliegen kommen würde. Wäre der Weltölmarkt ähnlich dereguliert wie andere Rohstoffmärkte, gäbe es auf dem Ölmarkt keinen Wettbewerber, der mit den Staaten am Persischen Golf preislich mithalten könnte. So kostet z.B. die Ölförderung in Sibirien 12 Dollar pro Barrel.

Wer also die Ölfelder der Golfregion kontrolliert, der kann nach Belieben durch die Mengenregulierung der Ölförderung den Marktpreis bestimmen. Er kann z.B. Russlands oder Norwegens Ölexport schaden, wenn er den Ölhahn aufdreht bzw. das ‚alte‘ Europa, Japan usw., in den Schwitzkasten nehmen, wenn er die Ölproduktion drosselt. Zur Zeit schwankt der Preis zwischen 25 und 30 Dollar.

Wer in der Lage ist, die Ölförderquote im Nahen Osten festzulegen, nimmt bestimmenden Einfluss auf den Verlauf der Weltwirtschaft bzw. den Erfolg oder Misserfolg ölabhängiger Volkswirtschaften.

So stammen z.B. 38% der Ölimporte der EU und der osteuropäischen Länder, 85% der Importe Japans und 81% der Chinas und anderer ostasiatischer Staaten aus der Golfregion. Und der Öldurst wird zukünftig noch gewaltig steigen, wenn keine Alternativen zum Öl entwickelt werden: Von 2000 bis 2020 soll z.B. der Ölimport Chinas um 91% und der von Indien gar um 116% steigen.

Doch es gibt ein noch stärkeres Motiv der USA, die Kontrolle über die Ölfelder der Golfstaaten zu behalten:

Neben der energiepolitischen erhalten sie sich dadurch auch die finanzpolitische Kontrolle über die ölabhängigen Staaten. Deshalb soll der Dollar als Leitwährung auf dem Ölmarkt unbedingt erhalten bleiben. Denn nur wenn das Golföl unter amerikanischer Kontrolle und weiter in Dollar gehandelt wird, kann der “American way of life” verteidigt werden.

Die US-Wirtschaft befindet sich in einer Schieflage, weil sie seit mehr als dreißig Jahren auf einem Schulden-finanzierten Konsum basiert. Im Jahre 2000 betrug das Handelsbilanzdefizit rund 450 Milliarden Dollar, im Jahr 2001 stieg es auf 650 Milliarden an. Die Doppelfunktion des Dollars als nationales und als Weltgeld erlaubt es den USA, sich durch ihre Geld- und Kreditschöpfung aus den Wertprodukten anderer Volkswirtschaften zu bedienen. Indem die USA zu Bezahlung ihrer Importe frische Dollarmoten drucken können, partizipieren sie direkt am Reichtum anderer Nationen.

Seit Anfang der siebziger Jahre hängt die Stärke des Dollars immer mehr vom Öl ab, weil andere Länder sich zum Öleinkauf Dollardevisen beschaffen müssen.

Doch neuerdings wird die Weltleitwährung Dollar grundsätzlich in Frage gestellt:

So verkauft der “Schurkenstaat” Iran sein Rohöl zum Großteil in Euro und nicht mehr in Dollar. Schon Ende des Jahres 2000 hat sich der Irak entschlossen, seine tägliche Förderung von 2,4 Mio. Barrel in Euro zu berechnen. Auch China kündigte im November 2001 an, seine Devisenreserven von 200 Milliarden Dollar zu einem beträchtlichen Teil in Euro tauschen zu wollen. Nordkorea hat inzwischen seine gesamten Devisen in Euro eingewechselt.

Aus dieser Sachlage zog die US-amerikanische National Energy Policy Development Group im Cheney Report vom Mai 2001 den Schluss, dass die USA nicht nur an ihren eigenen Ölverbrauch denken dürften, weil keine andere Wirtschaft derart globalisiert sei wie die amerikanische. Darüber hinaus sollten sie sich um die weltweite Sicherung des Ölmarktes kümmern, da die heimische Wirtschaft davon am meisten profitiert. Da ein stärkeres Engagement der USA in instabilen Ölförderländern mit antiamerikanischer Stimmung auf Widerstand stoßen würde, habe dies Auswirkungen auf die Außen- und Sicherheitspolitik in Form der Ausweitung des US-Militäretats...

Zwar klingt der Cheney-Report etwas kryptisch, doch der Vorschlag, den Ölmarkt durch Ausweitung des US-Militäretats zu sichern, lässt sich als Bereitschaft, Blut für Öl zu geben, entschlüsseln.

Eine hypothetische Frage: Was mag wohl geschehen, wenn Saudi-Arabien statt Dollar nur noch Euro für sein Öl akzeptieren würde...

Jochen Martin

*) Als Grundlage dieses Artikels wurde der Aufsatz “Verteidigung des Dollar mit anderen Mitteln” im Heft 2’03 der “Blätter für deutsche und internationale Politik” benutzt.

Ratssplitter

vom 26. März 2003
aufgesaugt von Imke Zwoch

Gelegentlich etwas subjektiv, aber insgesamt angenehm moderierte Ratsvorsitzender Norbert Schmidt die Sitzung, die angesichts des heißen Eisens "Haushalt" hätte fein eskalieren können. Er teilte allen mit, dass ihm 15 Mitglieder der Jugendorganisation "Die Rebellen" vor der Sitzung eine Unterschriftenliste für einen Bolzplatz in der Südstadt übergeben hatten. ☞

◆ **Diverse Anträge stellte die WALLI** (Wilhelmshavener Alternative Liste) nicht nur zum Haushalt. So forderte Ratsherr Tjaden einen ständigen Tagesordnungspunkt "Information und Anfragen zum JadeWeserPort" im öffentlichen Teil der Ratssitzungen. Weitergehend verlangte er eine öffentliche Informationsveranstaltung für die Bürger über das Planfeststellungsverfahren zum Containerhafen inkl. Rechtsbelehrungen über mögliche Einwendungen. Er zitierte ein Urteil zu einem Terminal in Bremerhaven, das verdeutlichte, wie durch Unwissenheit, falsche oder zu späte Einwendungen die Bürger ihre Rechtsansprüche verlieren. ☹

Für den aktuellen Haushalt forderte Tjaden 120.000 € für die Grundschule Voslapp zur Erneuerung der Fenster, die man derzeit mit bloßen Händen zerlegen kann. Als Deckungsvorschlag nannte er den Erlös aus dem Verkauf des Gebäudes der ehemaligen Grundschule Coldewei. Weiter schlug Tjaden vor, für das Programm N21 (Grundschulen ans Netz) zusätzlich 75.000 Euro bereitzustellen. Durch Zuschüsse aus einem (auslaufenden) Förderprogramm des Landes könnte die Summe verdoppelt werden, und die bislang vorgesehenen 50.000 Euro kämen der EDV-Ausstattung der übrigen Schulen zugute. Ratsfrau Haase (CDU) meinte, das könne nicht ein einzelner Ratsherr entscheiden. Tjaden konterte, hier im Rat würden ja wohl alle entscheiden.

Dann hatte die WALLI noch eine Reihe struktureller Veränderungsvorschläge für die Haushaltskonsolidierung. Vor allem für alte Menschen und Jugendliche, Schulen, Schwimmen ("Kinder brauchen Bewegung") sollten die Mittel ohne Prüfauftrag in bisheriger Höhe beibehalten werden. Auch Anträge auf Zuschüsse sozialer Einrichtungen wie Pro Familia, Insolvenzhilfe oder Arbeitsloseninitiative sollen nach Auffassung der WALLI in voller Höhe genehmigt werden.

Nicht erkennen konnte die WALLI, weshalb für den JadeWeserPort erneut 1 Mio € im Haushalt veranschlagt sind. Nach Aussagen des ehemaligen Kämmerers Wolfgang Frank ist der Gesamtbetrag für die Beteiligung an der Entwicklungsgesellschaft bereits voll bezahlt. Zudem gibt es seitens der Landesre-

gierung bislang nur Absichtserklärungen für den Bau des Hafens, in den Landeshaushalten aber noch keine Gelder dafür. Somit ist nicht erkennbar, was mit der Million passieren soll. Auch den Umbau der Nordseesporthalle hält Tjaden bei der momentanen Haushaltslage nicht für vertretbar. Insgesamt legte die WALLI Einsparmöglichkeiten in Höhe von fast 9 Mio Euro vor. ☹

Ach so, übrigens, wie immer wurden sämtliche Vorschläge der WALLI mit breiter Mehrheit abgelehnt. So weit kommt's noch, dass im Rat wirkliche Veränderungen beschlossen werden! ☹

◆ **Viele Wilhelmshavener Vegetarier/innen** sollen jetzt den Schlachthof mitfinanzieren. Der sollte eigentlich Ende 2004 geschlossen werden. Doch zusammen mit der Bremer Schlachthof GmbH hat die Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft quasi eine Auffang-GmbH gegründet. Finanziert wird die zu 60% von hiesigen Bürger/innen. Die Landwirte aus der Region freuen sich über die hofnahe Absatzmöglichkeit für ihre Viecher, doch Ratsherr von Teichman stellte zu Recht fest, das Betreiben eines Schlachthofes sei nun wirklich keine städtische Aufgabe.

◆ **Anh Nguyen** rückte für Tobias Schadewaldt, der auf sein Mandat verzichtete, als Mitglied des Jugendparlamentes auf. Ratsfrau Klee sprach den Namen der neuen Jungparlamentarierin sicher aus.

◆ **Cleaning Women** Die Reinigung von 4 Schulen wird für ein halbes Jahr als Modellversuch in private Hände (4 regionale Firmen) gelegt. Man rechnet mit Kosteneinsparungen, die durch den Versuch belegt werden sollen. An Hand der Ergebnisse soll der Rat dann über den zukünftigen Anteil der Fremdreinigung entscheiden. ☹

◆ **Das bisschen Haushalt** In den vergangenen Wochen hatte die Verwaltung das Haushaltsfehl auf 10,5 Mio herunterarbeiten müssen, damit die Kommunalaufsicht den Haushalt genehmigt. Das tut sie - unter dem Vorbehalt, dass für 2004 ein Haushaltskonsolidierungskonzept vorgelegt wird. "Die Politik 'ungedekelter Wechsel' auf allen öffentlich-rechtlich gelenkten Ebenen hat die Stadt Wilhelmshaven nach einer kurzen Atempause wieder eingeholt", fasste Hoff die Situation zusammen: Nach der kurzfristigen Konsolidierung durch den Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft hatte sich ein gewisser Hochmut eingeschlichen, der nun allmählich allgemeinem Zähneklappern weicht. Hoff zitierte aus einem Resolutionsantrag, der 1947 (!) von den damaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD, CDU FDP und KPD unterschrieben wurde: "Die Bevölkerung in Wilhelmshaven hungert und friert. ... Anstatt praktische Arbeit zu leisten, ist die Zeit aber mit Organisationsaufgaben vertan worden." Ohne ein Gegensteuern wird laut Hoff das Haushaltsdefizit auf 28 Mio € anwachsen. Trotz alledem "sind Rücklagen für das wichtigste Investitionsvorhaben vorhanden, nämlich den Jade-Weser-Port." Nämlich 1 Mio Euro!

◆ "Geiz ist geil" zitierte Hoff "die jüngere Ge-



International Küche & Cocktails

Gildes
Movie Bar

Frühstücksbuffet
Sonn- und Feiertags
10 - 15 Uhr

BAHNHOFSTR. 22, TEL.: 506876

neration" (in Wirklichkeit stammt der Spruch aus einem Werbespot). "Effektivität und Effizienz darf kein Tabu sein und sei manches noch so schön, historisch wertvoll und was weiß ich noch alles." Huch, stehen uns jetzt weitere Abbrüche historischer Gebäude und Verluste von naturnahen Grünflächen ins Haus, oder was will uns der Kämmerer damit sagen?

Wie Menzel stellte er die städtischen Beteiligungen auf den Prüfstand, aus denen die Stadt netto keine Rendite erzielt. (Wie war das mit dem Schlachthof?) Abschließend zitierte er den römischen Philosophen Cicero (55 v Chr.): "... Die Arroganz der Behörden muss gemäßigt werden ..." Wohlan. ☺

◆ **Nach Meinung des Oberbürgermeisters** sind "der konjunkturelle Einbruch, das Wegbrechen der Steuereinnahmen ..., explosionsartige Anstiege in den sozialen Sicherungssystemen" wesentlich für die finanziellen Probleme der Kommunen verantwortlich. Auch Zuweisungen von Land und Bund haben drastisch abgenommen, Personalkosten nach den Tarifverhandlungen um über 3 Mio € zugelegt. Betriebsbedingte Kündigungen sollte es nicht geben, versprach Menzel, aber die Übernahme aller Auszubildenden stehe in Frage. Ein Strategiepapier zur internen Personalkostenreduzierung sieht Folgendes vor: "Verzicht auf das 13. Monatsgehalt und auf Urlaubsgeld, eine 4-Tage-Woche ohne Lohnausgleich sowie die Aussetzung der Tarif- und Rentenanpassungen für die rund 5.200 verdi-Beschäftigten."

Auf der anderen Seite stehen für Menzel Projekte an, "die die Wirtschaft unserer Stadt, die Menschen unserer Stadt weiterbringen": Sanierung der Marktstraße zwischen Virchow- und Mozartstraße mit "einer ansprechenden Möblierung, einer attraktiven Bodengestaltung, mit Lichteffekten". Aah ja. ☺ Die Sanierung der Nordseesporthalle darf man laut Menzel nicht mit dem Sanierungsstau an den Wilhelmshavener Schulgebäuden aufrechnen. An der umstrittenen Hafentorbrücke, deren Bedeutung Menzel hier in Verbindung mit dem JadeWeserPort (gähnl) hervorhob, wird festgehalten.

◆ **Eine Schimpffirade** des SPD-Fraktionsvorsitzenden Neumann auf die

Bewertungsschlüssel

☞ sauber!
☞ üben üben üben!
☞ gut aufgepasst
☞ das war wohl nice

☺ Humorpunkt
☹ So lala
☹ ausch!
☹ kein Kommentar
☹ bürgernah

☺ erhellend
☹ abwarten und Tee trinken
☹ nach der Wahl-vor der Wahl
☹ weiter sol
☹ zum Heulen

CDU bezüglich ihrer Vorschläge zur Sanierung der Nordseesporthalle besaß keinerlei Informationswert. Den Gegnern des Jade-WeserPorts legte er ans Herz, *„dass auf den ca. 700 ha hinter den Kaianlagen die für unsere Stadt wichtigen Arbeitsplätze entstehen. Man spricht von 3.000“*... (Wer ist „man“?) *„allerdings nicht von heute auf morgen ...“* ☞

◆ **Nicht nur Opfer** seien die Kommunen, stellte sich CDU-Fraktionsvorsitzender Reuter gegen die einseitigen Vorwürfe, die seine Vorredner gegen Land und Bund erhoben hatten. Auch die Kommunen hätten Fehler gemacht. Seine Rechnung des aktuellen Schuldenstands unserer Stadt kam auf das Zehnfache der zuvor genannten Zahlen: 6,4 Mio € im Kernhaushalt, 62 Mio bei den Entsorgungsbetrieben, 11 Mio beim Reinhard-Nieter-Krankenhaus plus Schulden der städtischen Holdings, der WTF (früher WPG) und aus der EXPO summieren sich auf über 100 Mio Euro. Er verlangte die sofortige Tilgung der Expo-Schulden, um Zinsen zu sparen.

◆ **Die Welt schaut momentan nicht auf Wilhelmshaven**, erinnerte FDP-Fraktionschef von Teichman eingangs seiner Haushaltsrede, sondern auf den Irak, dessen Bevölkerung *„gern unsere Probleme hätte“*. ☞ Die Rede des Kämmerers fand er *„fast revolutionär“*, nur würde die Mehrheitsgruppe dem voraussichtlich oft nicht folgen. Er erinnerte mit Abscheu an das Abschiedsgeschenk des ehemaligen Kämmerers Wolfgang Frank an den Oberbürgermeister: 70 Euro aus eigener Tasche zur Begleichung der *„Restschulden“* der Stadt.

◆ **Pisa oder Pokale?** Schulen haben für von Teichman Vorrang vor Sportanlagen. Von den 1 Mio € für die Sanierung der Nordseesporthalle könnte die Neuender Schule locker saniert (statt abgerissen!) werden. Die CDU hatte vorgeschlagen, die Sporthallensanierung auf 860.000 € zu deckeln und den Rest für die Schule zu nutzen. Dabei wurde aber vergessen, dass auch der *„Rest“* Kreditmittel wären. Schließlich bemängelte von Teichman - nicht zum ersten Mal - die Schattenhaushalte der Stadt, d. h. den Übergang von öffentlichem Eigentum und den damit verbundenen Aufgaben (z. B. Bäder) in private Gesellschaften. Der Bürger bezahlt weiterhin dafür, erhält aber keinerlei Auskünfte mehr, was mit seinem Geld geschieht - und die Verluste tauchen nicht im städtischen Haushalt auf! ☞ Zur Entlastung des Stadtsäckels z. B. von Sozialhilfezahlungen trug von Teichman das *„Modell Wisconsin“* vor - *„wieder mal (??) ein gutes Beispiel aus den USA: Fordern und Fördern“*. Das klang denn doch sehr nach *„Schmarotzer aus der sozialen Hängematte fischen“*. ☞

◆ **Gegen die Stimmen von FDP und WALLI** wurde der Haushalt schließlich verabschiedet. Zunächst nach einzelnen Kapiteln; beim Bereich Personalkosten bekam der Vorsitzende scheinbar kalte Füße: Was passiert mit dem Gesamthaushalt, wenn ein einzelnes Kapitel abgelehnt wird? Rasch ließ er sich vom Kämmerer bestätigen, dass eine Teilabstimmung gar nicht notwendig sei, und brachte das Gesamtpaket unter Dach und Fach.

◆ **Einwohnerfragestunde.** Kämmerer Hoff beantwortete eine Frage zur Nutzung der Burg Kniphausen. Seit 1990 gibt es einen Vertrag über die Nutzung von Räumen durch die Stadt für kulturelle Zwecke für eine Jah-

resmiete von 55.000 Euro. Seit 1997 erhält der Eigner zudem städtische Zuschüsse von knapp 34.000 Euro. Man war geneigt, erstaunt zu sein über diese detailreiche Antwort, die üblicherweise mit dem Hinweis auf private Interessen des Eigentümers unter den Tisch gefallen wäre. ☞

◆ **Eine Rüsterei** erinnerte an ein Konzept des SPD-Ortsvereins für ein Naherholungsgebiet (Camping, Wohnmobile, Wassersport) zwischen Maade und Niedersachsenbrücke, das der Verwaltung seit Jahren vorläge. Stadtrat Kottek ermittelte: Ihm sei das Konzept bzw. ein darauf basierender Antrag nicht bekannt. (Kann sein, so lange ist er ja noch nicht da, dass er alle Schubladen mit der Aufschrift *„Altablagerung“* hätte durchforsten können). Zweitens sei die vorgeschlagene Fläche Vorrangstandort für hafengebundene Großindustrie und damit eine Freizeitznutzung nicht zulässig. Drittens gäbe es für den Campingplatz am Geniusstrand, der dem Jade-WeserPort zum Opfer fallen soll, bereits andernorts zwei Ersatzstandorte, die derzeit geprüft würden. Viertens gäbe es am Fliegerdeich, am Südstrand, am Helgolandkai und am Nassauhafen Stellplätze für Wohnmobile.

◆ **Eine letzte Frage** galt der Wasserversorgung. Ob es richtig sei, dass die GEW auf 50 Mio € Investitionsstau sitze, welche Gewinne sie aus der Wasserversorgung zieht und wie diese verwendet werden. OB Menzel widersprach der These vom Investitionsstau. Jährlich würden 0,5 Mio € in die Infrastruktur der Wasserversorgung investiert. Die Gewinne lagen zwischen 1996 und 2001 durchschnittlich bei 6 Mio Euro, wovon zunächst jährlich etwa 1/4 an die Stadt abgeführt wurde, in den letzten Jahren bis zu 3/4. Auch hier waren eifrige Besucher der Ratssitzungen erstaunt wie erfreut, dass so freizügig aus den sonst so geheim gehaltenen *„Schattenhaushalten“* der Stadt zitiert wurde. ☞

*Die Einwohnerfragestunde findet jeweils im Anschluss an den öffentlichen Teil der Ratssitzungen statt. Jede/r Bürger/in hat das Recht, Fragen zu Vorgängen und Entscheidungen aus Rat und Verwaltung zu stellen. Fragen zu Themen, die in der aktuellen Sitzung behandelt wurden, können spontan (mündlich) gestellt werden. Fragen zu anderen Themen müssen rechtzeitig vorher schriftlich eingereicht werden. Es wäre erfreulich, wenn mehr Bürger/innen als bisher von diesem Recht Gebrauch machen würden, statt zu Hause vor sich hinzugrübeln und zu -grummeln. Nach einer längeren Anlaufphase (in der Form und Inhalt der Antworten von uns stets kritisch bewertet werden) werden die Fragen jetzt in der Regel ernsthaft und höflich beantwortet, so dass niemand Angst haben muss, dort öffentlich *„vorgeführt“* zu werden. ☐*



Saurer Wein in neuen Schläuchen

Pünktlich zum Kriegsbeginn am 20. März 2003 erschien die „Wilhelmshavener Zeitung“, nach wochenlangen Vorankündigungen qualitativer Verbesserungen, erstmals im neuen Outfit. Ich war gespannt auf die erste Neuauflage, die ich wie gewohnt kostenlos aus dem Altpapier eines Abonnenten fischte.

Die Premierenausgabe stellte für mich in erster Linie die inhaltliche Qualität auf den Prüfstand. Von einer guten Tageszeitung erwarte ich, dass der Titel und auch der erste Teil sich dem Weltgeschehen widmet. Bei der WZ war es bisher immer umgekehrt; im ersten Teil alles, was vor der Haustür passiert, der zweite Teil begann mit mindestens vier Seiten Sport, dann bisschen Deutschland und der Rest der Welt und schließlich bis zum bitteren Ende Klein- und Familienanzeigen.

Und so ist es auch geblieben.

Nun, rein äußerlich mag die WZ gewonnen haben. Sie sieht nicht mehr aus wie das Blatt, das schon der Kaiser in den Händen hielt, sondern hat sich dem Layout vieler regionaler Zeitungen angepasst: die Schrift leichter, vom Untertitel ein pointierter Aufmacher usw. Bisschen veränderte Rubrikenstruktur.

Das war's aber auch schon an Neuerungen.

*Etwa zwei Drittel der Titelseite an diesem 20. März widmete sich lokalen bzw. regionalen Themen. Ganz oben, natürlich, der Stadtsportbund. Schön, dass gut ein Drittel aller Wilhelmshavener/innen Mitglied eines Sportvereins sind, doch Brot und Spiele sollten nicht von politischem Interesse ablenken. Oder ist das gerade der Sinn? Dann: großes Foto über Verkehrsbehinderungen in Jever. Skandal! Die Freiheit des friesischen Autofahrers ist in Gefahr! Darunter ein Dreispalter über die *„neue“* WZ und noch was über die Cebit und den Glauben der Deutschen an die Polizei.*

*Ah, da steht ja noch was: *„Wilhelmshaven: Kirchen laden ein zum Beten“*. Sollte es da um den Krieg gehen? Tatsächlich, irgendwie schon. Alle Welt wusste, ehe sie am Vorabend ins Bett ging, dass die USA in dieser Nacht losschlagen würden. Nur die WZ beschäftigt sich in einem Zweispalter noch damit, wann man wo in Wilhelmshaven beten kann, um den Krieg zu verhindern. Allein im letzten Absatz steht was von dem Ultimatum, das die USA dem Irak stellte - und das nun längst obsolet ist. Danach *„weiter auf Seite ...“*? Nein. Nur der Sportbund findet seine Fortsetzung im Innenteil. Der Krieg auch, zwar, die übliche Übernahme aus dem überregionalen Mantelblatt - fast eine Seite über die Strategie der Alliierten, hurra. Keinerlei kritische Diskussion, kein Wort über die Menschen im Irak.*

So leid es mir für die WZ tut: Ich muss wohl weiterhin die Frankfurter Rundschau abonnieren, um täglich über mehr als Marine und Karnickelzüchter informiert zu sein.

Imke Zwoch

Hilfe zur Arbeit

Der Gegenwind stellt die GAQ vor

(noa) Der Gegenwind stellt gelegentlich Initiativen und Vereine vor, die wichtige Aufgaben wahrnehmen, manchmal anlässlich deren Gründung, mal zu einem Jubiläum, häufig dann, wenn sie in Gefahr sind, ihre Arbeit einstellen zu müssen - oder ohne einen solchen Anlass einfach zwischendurch. So heute die GAQ.

Die GAQ ist die Gesellschaft für Arbeitsvermittlung und Qualifizierungsförderung e.V. Sie wurde Mitte 1995 gegründet, um die hohe Sozialhilfebelastung der Stadt Wilhelmshaven zu senken. Als kommunale Vermittlungsagentur hat sie die vorrangige Aufgabe, SozialhilfeempfängerInnen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, entweder direkt oder nach vorherigen Qualifizierungsmaßnahmen. Sie bemüht sich darum in Kooperation mit Partnern, statt selber als zusätzlicher Träger aufzutreten - eigene Maßnahmen legt sie nur auf, wenn kein anderer Träger es macht. Die Arbeit der GAQ fußt auf den §§ 18 bis 20 des Bundessozialhilfegesetzes, in denen es um "Hilfe zur Arbeit" als kommunale Aufgabe geht.

Der richtige Ansprechpartner

Im Februar berichtete die "WZ" über die sinkende Nachfrage nach Arbeitskräften durch sinkenden Konsum, die allgemeine Exportabschwächung und die anhaltende Misere auf dem Bausektor. Das Arbeitsamt wirke dieser schlechten Lage durch Förderung beruflicher Fortbildung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Eingliederung einzelner Personen in das Berufsleben entgegen. "Ohne Aktivitäten des Arbeitsamtes läge die Quote bei 14,1 Prozent", war dieser Bericht überschrieben; durch die Bemühungen des Arbeitsamtes lag die Arbeitslosenquote 2002 "nur" bei 11,3 Prozent. Das Arbeitsamt kümmert sich aber nur um Erwerbslose, die Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bekommen. Menschen, die wegen ihrer Arbeitslosigkeit auf Sozialhilfe angewiesen sind, haben im Allgemeinen keine Chance, dass sich das Arbeitsamt um ihre berufliche Eingliederung kümmert.

Für diese Arbeitslosen ist die GAQ der richtige Ansprechpartner.

Im Jahr 1995, dem Jahr der Gründung, hat die GAQ 73 Menschen in Arbeit gebracht. Bis 2000, dem Expo-Jahr, stiegen die Vermittlungszahlen über 218, 285, 321 und 478 auf eine Rekordgröße von 688, um 2001 wie-

der abzusinken auf 412. Bei diesen 412 im Jahr 2001 handelt es sich um 250 Menschen, die auf dem 1. Arbeitsmarkt Fuß fassen konnten; 162 wurden auf dem 2. Arbeitsmarkt untergebracht. Die Zahlen von 2002 sind noch nicht offiziell, doch hier gab es wohl wieder eine Steigerung: Um die 350 Vermittlungen in den 1. Arbeitsmarkt hinein gab es. Absehbar ist, dass es im laufenden Jahr weniger werden; die schwache Konjunktur wird sich auswirken, und schon in diesen ersten paar Wochen des Jahres 2003 gab es zahlreiche Insolvenzen.

Der andere Faktor, der die Arbeit der GAQ erschweren wird, ist Geldmangel. Die Einsparungen der Bundesanstalt für Arbeit werden sich auch hier auswirken, denn bislang gab das Arbeitsamt immer einen Teil des Geldes dazu. Weitere Geldquellen müssen sich die für die einzelnen Bereiche zuständigen GAQ-MitarbeiterInnen jeweils erschließen: Mittel vom Land, vom Bund, von der Europäischen Union.

Die GAQ ist ein eingetragener Verein. Mitglieder sind die Stadt Wilhelmshaven, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Kreishandwerkerschaft, die Arbeiterwohlfahrt, die Arbeitsplatzinitiative für Frauen, der Verein Beratung, Kommunikation und Arbeit, die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland, das Diakonische Werk, der ev.-luth. Kirchenkreis, die Industrie- und Handelskammer und der Unternehmerverband Einzelhandel. Einmal jährlich findet eine Mitgliederversammlung statt, und es gibt Vorstandssitzungen.

Was langfristig aus dem Jugendbüro wird, das wird sich zeigen müssen. Das Jugendbüro ist eine Gemeinschaftsunternehmung des Sozialamtes mit der GAQ; zwei Sachbearbeiter des Sozialamtes und zwei GAQ-Mitarbeiter betreiben es. Es handelt sich um ein Modell des Landes Niedersachsen und stammt aus der vorigen Legislaturperiode. Nach dem Prinzip "Fordern und Fördern" sollen nach der Idee der damaligen Sozialministerin Gitta Trauernicht junge Leute, die nach Erfüllung der Schulpflicht keine Arbeit oder Ausbildung finden, möglichst gar nicht erst in den Sozialhilfebezug kommen, denn aller Erfahrung nach verfestigt sich die Sozialhilfeabhängigkeit, wenn die "Berufs-

Ein toller Abend

erwartet Besucher des Theaterstücks "Ein toller Tag oder Figaros Hochzeit", das derzeit im Stadttheater läuft. Der Autor Beaumarchais musste, wie es zu seiner Zeit üblich bzw. notwendig war, seine Gesellschaftskritik in eine Komödie verpacken, um keinen Ärger zu kriegen. Trotzdem musste er vier Jahre - mit Hilfe einflussreicher Personen am Hof - kämpfen, ehe das Stück 1784 uraufgeführt wurde.

Die Landesbühne hat den Stoff (den Mozart später als Vorlage für seine Oper nutzte - Premiere 1786 in Wien) fantastisch umgesetzt. Die Gefahr, die dem Stoff innewohnt - nämlich in eine Klamotte umzuschlagen - wird stets zu Gunsten von echter (Tragik)Komik sauber umschifft. Durch verschiedene Effekte werden die Zuschauer in die Handlung einbezogen. Mehr wollen wir hier aber nicht verraten. (iz)

**Die nächste Aufführung im Stadttheater:
Sa. 5.4., 20 Uhr**



MUSIKKNEIPE IM SÜDEN DER STADT

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL KLING KLING

**WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH**

**Frühstücken
Partys - Konzerte**

**KLING KLING eMail-News
Kurze eMail an KLINGKLINGINFO@AOL.COM**

UNTERJEGG
REISERÜSTUNGS GMBH

OUTDOOR - KANU & MOTORRADBEDARF

Wird Zeit, daß es Urlaub wird!

Nur echt in der **NORDSEE PASSAGE**

WILHELMSHAVEN

Tel: 04421-994287 Fax 994288

kariere" so beginnt. Junge Leute zwischen 18 und 25, die einen Sozialhilfeantrag stellen wollen, müssen sich direkt im Jugendbüro melden und bekommen sofort ein Angebot, sei es ein Arbeitsplatz oder eine Fortbildungsmaßnahme. Durch die Sparmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit werden Jugendwerkstätten und andere Maßnahmen, in denen unversorgte Jugendliche aufgefangen werden können, wegfallen (siehe dazu auch Seite 9), so dass auch hier die Arbeit der GAQ als Trägerin des Jugendbüros schwerer werden wird. □

Der Letzte macht das Licht aus!

Offener Brief des Arbeitskreises Jugendkriminalität im Kriminalpräventionsrat Wilhelmshaven zur aktuellen Jugendpolitik in unserer Stadt.

Sehr geehrte Damen und Herren, der AK Jugendkriminalität hat sich im Rahmen seiner letzten Sitzung mit der desolaten Situation im Jugendbereich auseinandergesetzt.

Situationsbeschreibung

1. Qualifikation/Bildung/Berufliche Eingliederung junger Menschen

Anfang 2003 sind beim Arbeitsamt Wilhelmshaven mehr als 1.000 junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos oder arbeitssuchend gemeldet. Das Arbeitsamt stellt spätestens ab Herbst keine finanziellen Mittel mehr für berufsvorbereitende Lehrgänge zur Verfügung. Betroffen sind Grundausbildungslehrgänge, Lehrgänge zur Verbesserung der beruflichen Bildungs- und Eingliederungschancen, Förderlehrgänge im Reha-Bereich und Behindertenwerkstätten. Hauptschulabschlusskurse finden ebenfalls nicht mehr statt. Die ersten Jugendwerkstätten wurden bereits geschlossen und weitere sind von der Schließung bedroht. Schon geschlossene oder von erheblichen Kürzungen bedrohte Jugendwerkstätten in Wilhelmshaven und unmittelbarer Umgebung:

- Zetel (geschlossen)
- Bockhorn (Schließung im Juni 2003)
- Varel (Schließung im Juni 2003)
- Schortens (Reduzierung um 50%)
- Jugendwerkstatt I des Vereins Beratung, Kommunikation und Arbeit
- Jugendwerkstatt der Arbeitsplatzinitiative für Frauen

2. Schulische Bildung

Drohende Schließungen von allgemeinbildenden Schulen im Stadtgebiet. Fehlende feste Stellen im Bereich Schulsozialarbeit. Unzureichende Angebote bei Schulverweigerung. Fehlende Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

3. Freizeit und Sozialarbeit

Missverhältnis zwischen Personalschlüssel und geforderten Öffnungszeiten der Kinder- und Jugendeinrichtungen. Im Streetworkbereich wird von bisher drei Stellen ab September nur noch eine Stelle besetzt sein. Damit ist eine pädagogisch-präventive Arbeit nicht mehr möglich. Vgl. hier auch die Ergebnisse des Jugendforums Südstadt. Kulturelle Freizeitaktivitäten im Kulturzentrum Pumpwerk sind durch die neue Miet- und Benutzerordnung für freie Gruppen, Vereine und Initiativen nicht mehr bezahlbar. Drohende Schließung des Freizeitentrums Nord, Multikulturelles Zentrum Point und Spritzenhaus in Fedderwarden.

Was bedeutet dies für die Jugend in Wilhelmshaven?

- Keine Aussicht auf Qualifizierung und den Abbau von Bildungsdefiziten
- Keine Aussicht auf berufliche Integration

- Keine Aussicht auf sozialpädagogische Betreuung
- Keine Aussicht auf soziale und gesellschaftliche Integration
- Keine Aussicht auf die Bildung einer beruflichen Perspektive
- Keine Aussicht auf eine Lebensperspektive
- Keine Aussicht auf eigene Finanzierung des Lebensunterhaltes
- Keine Aussicht auf Beschäftigung bei Behinderung
- Keine Aussicht auf einen verwertbaren Schulabschluss
- Keine Aussicht auf Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben
- Keine Aussicht auf sinnvolle und sinngebende Freizeitbeschäftigung.

Konsequenz

Laut der aktuellen Kriminalitätsstatistik belegt die Stadt Wilhelmshaven bei allen Altersgruppen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen Spitzenplätze in Niedersachsen! Der Arbeitskreis geht von einer weiteren Verschärfung dieser Situation aus!

Dies bedeutet:

- Zunehmende Orientierungs- und Perspektivlosigkeit
- Zunehmende Anzahl arbeitsloser Jugendlicher und junger Erwachsener
- Zunehmendes Abgleiten in Kriminalität und/oder Drogenkonsum
- Zunehmende Gewaltbereitschaft
- Zunehmende Verwahrlosung
- Zunehmende Verunsicherung und Angst in der Bevölkerung
- Zunehmende negative Außenwirkung für die Kommune

In Wilhelmshaven werden wirksame zielgruppenspezifische Angebote und Strukturen geopfert, die später mühsam und zu einem hohen Preis wiederaufgebaut werden müssen!

Der Arbeitskreis Jugendkriminalität appelliert daher im Namen der betroffenen jungen Menschen und der Einrichtungen der Jugendsozialarbeit und der Jugendberufshilfe an alle Verantwortlichen in Politik und Verwaltung der Stadt Wilhelmshaven:

- Sichern Sie die Förderung von benachteiligten Jugendlichen als einen Schwerpunkt der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik!
- Setzen Sie die versprochenen Verbesserungen der Situation junger Menschen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt (z.B. "JUMP Plus") um!
- Sorgen Sie dafür, dass auch benachteiligte und beeinträchtigte junge Menschen ein ausreichendes Angebot an geeigneten betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen vorfinden!
- Stoppen Sie die Kürzungen und Streichungen im Bereich der Berufsvorbereitung, der Benachteiligtenförderung und der Beschäftigungsförderung für benachteiligte Jugendliche!
- Opfern Sie nicht wirksame zielgruppenspezifische Angebote und Strukturen, die später mühsam und zu einem hohen Preis wieder aufgebaut werden müssen!
- Entziehen Sie sich nicht über "LOS" oder anderweitig!!
- Entziehen Sie statt dessen dem Neubauvorhaben an der Nordseehalle die geplante Million Euro zu Gunsten der jungen Menschen!!

Geben Sie Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt eine Chance!

leserbriefe

Was machen Kinder und Jugendliche in Wilhelmshaven?

Die Antwort könnte lauten: "Ein dummes Gesicht!" Der Schulentwicklungsplan gibt genügend Potenzial für Grundschulschließungen. Im Haushaltsentwurf kommen Kinder und Jugendliche schlechter weg als jemals zuvor. Und jetzt machen wir noch dem Freizeit-Zentrum Nord den Garaus. Mittlerweile sind die Eltern im gesamten

Stadtgebiet auf Demonstrationskurs. In Coldewei sind die Wogen der Schulschließung noch nicht geglättet, da wird schon "ergebnisoffen" über die Schließung weiterer Grundschulen diskutiert. Hunderte Eltern kämpfen um die Schule Neuende. Die drohende Schließung der GS Neuende, nach meiner Meinung von der Verwaltung der Stadt längst fest eingeplant und nur noch von Politikern mit Rückgrat zu verhindern, wird schon heute von massiven Protesten begleitet. Jetzt kommt schon ein erneuter Tiefschlag gegen die schwächsten Bürger: Den Jugendlichen soll im Stadtnorden der Boden unter den Füßen weggerissen werden. Hier

sollen den Jugendlichen zwei Räume im FZN genommen werden. Das ist dann auch das AUS für das FZN. Alternativen gibt es keine. Das neue Freizeitzentrum wird die Straße, werden Kaufhäuser?! Viel Arbeit also für den Kriminalpräventionsrat, dem übrigens auch im Haushalt erhebliche Summen (49.000 Euro) gestrichen werden sollen. So nicht! Nicht mit der WALLI! Wir werden diese Bestrebungen mit allen Mitteln verhindern.

**Joachim Tjaden, Sengwarder Str. 92
Vorstand der Wilhelmshavener
Alternativen Liste**

Der Kampf geht weiter!

Ein Fortsetzungsroman

(iz) Was bisher geschah: Seit einem Jahr kämpft Rolf Frerichs gegen die Behörden, um die fiktive Fußgängerzone nördlich der Nordseepassage in eine echte zu verwandeln. Bis jetzt werden zahlreiche Verkehrsdelikte dort nicht geahndet. Inzwischen hat Frerichs auch eine rauchfreie und behindertengerechte Nordseepassage zu seinem Anliegen gemacht. Lappalien? In Anerkennung seiner Beharrlichkeit begleitet der GEGENWIND seit Monaten Frerichs Aktivitäten und Erfahrungen.

Jetzt hat er einen WZ-Artikel vom August 2000 rausgekratzt, der die gefährliche Verkehrssituation in der Bahnhofstraße thematisiert. „... wenn irgendwo in der Stadt ein Schild Sinn hat, das dazu beitragen soll, viele Fußgänger vor Autos zu schützen, dann ist das an jener Stelle der Fall“, schreibt Max Schmidt in einem halbseitigen Artikel mit großformatigen Fotos. Und: *“Hinter vorgehaltener Hand wird sogar von einer Art ‘Stillhalteabkommen’ zwischen wem auch immer gesprochen.“* Dieser Provokation der allmächtigen Lokalzeitung folgen tatsächlich Polizeikontrollen - kurzfristig. Danach passiert nichts mehr.

Am 3.2.2003 bittet Frerichs gewohnt höflich den Oberbürgermeister persönlich (danach kann kaum noch was kommen), ihn bei seinem Vorhaben zu unterstützen. Die Antwort steht noch aus.

Zwischenzeitlich recherchiert Frerichs weiter in Sachen nikotinfreie Passage. „Raucher inhalieren 1 Tasse Teer im Jahr!“ entdeckt er in *“Bild der Frau“* (10.2.03). Als Friese liest man zwar zuerst *“1 Tasse Tee“*, weil man Teer selten mit Tassen in Verbindung bringt. Doch selbst (nicht militante) Raucher muss er damit nicht überzeugen: Im Sinne der Nichtraucher wäre es schon nett, die Passage zu entnebeln.

Am 27.9.2002 wendet sich Frerichs in Sachen rauchfreie Passage sowie barrierefreie Eingänge an die damalige Centermanagerin Anja Seemann. Er kriegt nie eine Antwort.

Neuer Manager, neues Glück?

Dann wechselt der Stelleninhaber, und Frerichs ergreift die Chance. Mitte Januar 2003, nur 5 Tage nach seiner neuerlichen Anfrage und nur 15 Tage nach Antritt des neuen Managers Hendrik Hoffmann, kriegt Frerichs Antwort. Hoffmann bedauert Seemanns Ignoranz. Was das Rauchen betrifft, verweist er auf das geltende Verbot in der Passage. Doch: *“Ausnahmen bilden die gastronomischen Einrichtungen.“* Und ist nicht der Erste, der Frerichs gegen die Wand laufen lässt: *“Seit meinem Start hier in Wilhelmshaven bin ich schon von vielen Besuchern angesprochen worden, die unsere Regelung zum*

Thema Rauchen/Nichtrauchen begrüßen. Durch meine bundesweiten Centererfahrungen kann ich Ihnen mitteilen, dass wir eine übliche Lösung gefunden haben.“ Peng. Was Hoffmann üblich dünkt, bleibt für Frerichs übel.

Was die Barrierefreiheit für Rollstuhlfahrer oder Eltern mit Kinderwagen angeht, verweist der Manager auf die automatischen Drehtüren. Wir schlagen Herrn Hoffmann vor, sich mal einen Tag in den Rollstuhl zu setzen und das zu testen. Schon für viele mobile Menschen sind Drehtüren angstbesetzt. Gut, die Klapptüren zur Bahnhofstraße will er noch in diesem Jahr ändern lassen. Warum nicht auch die anderen Zugänge - zur Bahnseite, zum Busbahnhof und zum Taxenstand?

Am 24. Januar 2003 wendet sich Frerichs an Bundesgesundheitsministerin Schmidt (nach Menzel kann also doch noch was kommen). *“Wir in Wilhelmshaven haben eine sehr schöne Nordseepassage, in der im Moment die Gesundheitstage laufen. Auch hier ... wird in und vor den gastronomischen Einrichtungen ... geraucht“.* Er bittet die Ministerin, eine Gesetzesinitiative für den Nichtraucherschutz auf den Weg zu bringen. Das Ministerium antwortet ihm gerade 14 Tage später (schneller als manche hiesige Behörde): Der Nichtraucherschutz sei in der Tat verbesserungswürdig. Der Entwurf eines umfassenden Nichtraucherschutzgesetzes hatte jedoch 1998 im Bundestag keine Mehrheit gefunden. In der nächsten Wahlperiode gab es wieder eine überfraktionelle Initiative zum Nichtraucherschutz, die letztlich aber nur zur Entschließung führte, den Schutz am Arbeitsplatz zu verbessern. Mit einem Gesetz sei in nächster Zeit nicht zu rechnen.

Muss Frerichs erst zu anderen Mitteln greifen: eine Bürgerinitiative gründen, Flugblätter an Autofahrer verteilen, eine Sitzblockade auf der Straße veranstalten, sich überfahren lassen, röchelnd in der Drehtür oder in einem Passagencafé zusammenbrechen - kurz: endlich nicht mehr nur höflich sein, ehe wir unseren Roman mit einem Bericht über eine Fußgänger- und Nichtraucherparty auf der *“Rambla“* abschließen können? □

Mütterzentrum

Werftstr. 45
Telefon: 506 106

Termine

ZipfelmüZe - Kindertreff
Betreutes Spielen für Kinder
Sie haben Zeit für ihre Erledigungen - Ihre Kinder sind in guten Händen!
jeden Dienstagvormittag von
10.00 - 12.00 Uhr
Gebühr pro Stunde 1,50 Euro

Computer im Café MüZe

Den Besucherinnen steht im Café ein Computer zur persönlichen Verfügung. Anlernen nach Anfrage. Computerkurse möglich.

neu - neu - neu Klönschnack und vieles mehr für ältere Menschen

jeden Donnerstagnachmittag von
15.00 - 17.00 Uhr

Neue Öffnungszeiten! Café MüZe:

Mo - Fr. von 9.30 bis 13.30 Uhr

Sonntags von 9.30 bis 12.30 Uhr

Nachmittags feste Angebote

Jonathan



Naturkosmet

Rote Lippen soll man küssen ...

Naturkosmetik von Lavera, Sante und Logona

Wilhelmshaven, Marktstr. 94, Tel. + Fax: 04421/13438

Bau des JadeWeserPort in weite Ferne gerückt

Nun ist die Katze aus dem Sack: Wilhelmshaven macht die "Drecksarbeit", die "Intelligenz" bleibt in Bremen.

Zwischen Wilhelmshaven und Bremen wird sich mittelfristig eine ähnliche Arbeitsteilung wie zwischen Bremerhaven und Bremen entwickeln, so der Bremer Senat. Das heißt, Dienstleistungen im Hafen und alle Arbeiten, die an die Kaje gebunden sind, werden vor Ort erledigt, während ergänzende, höherwertige Dienstleistungen in Bremen stattfinden können, beispielsweise im Güterzentrum oder am Flughafen.

Wilhelmshaven hätte eben auf absehbare Zeit kein adäquates Angebot an oberzentralen Funktionen und muss diese "an anderen Standorten nachfragen". Von den zusätzlichen Arbeitsplätzen soll Bremerhaven stärker profitieren, da durch die Öffnung des neuen Wesertunnels die Verkehrsverbindung wesentlich besser für Pendler wird, so die "Welt" in ihrer Ausgabe vom 03.03.03.

Hafensenator Josef Hattig meint, vor 2010 werde der Terminal nicht benötigt. Gestern wurde dessen Bau besiegelt. In Hattigs Behörde hieß es, "der Containerterminal IV hätte Vorrang", berichtete die Nordsee Zeitung vom 25.01.03.

Noch deutlicher wird Jürgen Holtermann, Geschäftsführer der Hafengesellschaft Bremen Ports und designierter Vertreter des Geschäftsführers der JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft in der Nordsee-Zeitung vom 27.03.03:

Der Jade Weser Port in Wilhelmshaven wird in Betrieb genommen, wenn der Containerterminal IV in Bremerhaven ausgelastet ist. Das hat der Geschäftsführer der Hafengesellschaft Bremen Ports, Jürgen Holtermann, am Dienstag beim 'Bremerhavener Dialog' der Friedrich-Ebert-Stiftung versichert. Das Projekt Jade Weser Port ist betriebswirtschaftlich angelegt, sagte Holtermann. Ein Teil der Baukosten solle durch den Betrieb wieder hereingeholt werden. "Deshalb gehen wir mit dem Terminal auch erst an den Markt, wenn der Bedarf vorhanden ist", bekräftigte der Hafenplaner.

Der Containerumschlag in Bremerhaven ist im Jahre 2002 nur noch um 2,9% gestiegen, eine Prognose für 2003 ist wegen der Irak-Krise unsicher. Das heißt, der Bau eines neuen Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven ist mindestens für die kommenden 10 Jahre

Die 12.000er kommen!

Die großen Schiffe, für die der JadeWeserPort gebaut werden soll, bleiben Träume

(jm) In regelmäßigen Abständen werden über einschlägige Medien riesige Containerschiffe - die sogenannten Mega-Carrier - mit einer Ladekapazität mal von 12.000, mal von 15.000 und manchmal gar von 18.000 TEU angekündigt. So auch jüngst wieder.

Die deutsche Klassifikationsgesellschaft Germanischer Lloyd (eine Art Schiffs-TÜV) soll mit einer nicht näher genannten koreanischen Werft Gespräche über die gemeinsame Entwicklung eines 12.000 TEU Mega-Carriers aufgenommen haben.

Fest steht schon jetzt, dass der Konstruktionstiefgang dieses Entwurfes nicht größer sein wird, als sie die derzeit größten in Fahrt befindlichen Container-Jumbos mit einer Ladefähigkeit von 8.000 TEU aufweisen.

Kein Reeder sei derzeit bereit, Schiffe mit größeren Tiefgängen zu planen, erklärte dazu der GL-Vorstand Dr. Hans G. Payer am 04. März gegenüber der Presse...

Payers Erklärung fiel zeitlich zusammen mit der Ankunft des auf seiner Jungfernfahrt befindlichen Jumbos "Axel Maersk" in Bremerhaven.

Die "Axel Maersk" ist mit 352 m Länge und 43 m Breite das größte Containerschiff der Welt. Die Tragfähigkeit beträgt nach Reedereiangaben zwar nur 6.600 TEU, dürfte jedoch in Wirklichkeit weit darüber liegen. Experten schätzen die Stellplatzkapazität auf 9.000 TEU.

Über den Konstruktionstiefgang gibt es zwar keine Angaben, aber er liegt mit Sicherheit ziemlich genau bei 14,50 m. Er ist der gleiche wie der von den S-Klasse-Schiffen der Reederei Maersk Sea-Land, die bei gleicher Breite nur fünf Meter kürzer sind und nach Re-

edereiangaben 6.400 TEU Stellplatzkapazität haben.

Auf diesen Maximal-Tiefgang bereiten sich die großen Containerhäfen in der Nordrange vor. Nicht nur an Elbe und Weser wird eine Fahrwasservertiefung auf 16 m gefordert, damit die Jumbos und zukünftigen Mega-Carrier tideunabhängig mit der berühmten „Handbreit“ Wasser unter dem Kiel die Terminals an der Nordsee anlaufen können.

Der angebliche Vorteil des tiefen Fahrwassers zum JadeWeserPort ist und bleibt deshalb ein Bluff.

Übrigens ist - wie wiederholt berichtet - die Vertiefung von Weser und Elbe auf 16 m für Containerschiffe überflüssig, weil selbst 12.000 TEU-Schiffe diese Tiefe nicht benötigen:

► Für die Konstruktionstiefgänge wird das höchst zulässige Ladegewicht errechnet. Das Ladegewicht ergibt sich aus dem Produkt der Stellplatzkapazität multipliziert mit dem TEU-Durchschnittsgewicht. Dabei wird in der Regel ein Gewicht eines Containers von 14 t zu Grunde gelegt...

Aus Statistiken wird jedoch ersichtlich, dass das tatsächliche Gewicht bei etwa 11 t liegt. Diese Zahl wurde im letzten Jahr in Bremerhaven noch unterschritten:

Der Jahresumschlag lag dort bei knapp 3 Mio. TEU mit einem Gesamtgewicht von etwa 30 Mio. Tonnen; das TEU-Durch-

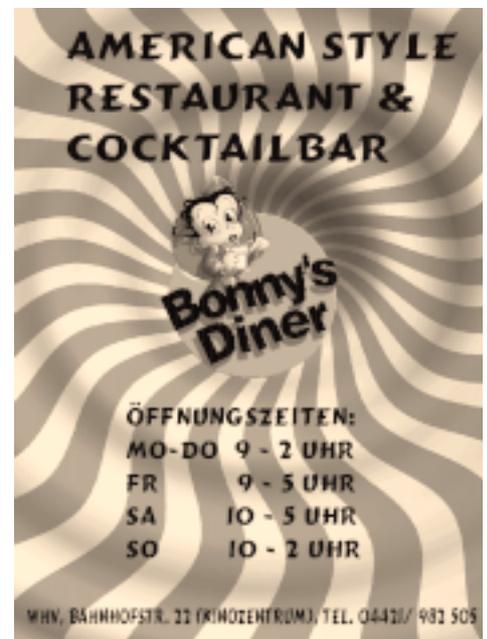
nicht erforderlich.

Die BI "Bürger gegen den Jade Weser Port" (JWP) sieht sich in ihrer Auffassung bestätigt, dass der Bau des JWP ökonomisch und ökologisch unsinnig, überwiegend an den Interessen des Landes Bremen (EUROGATE) ausgerichtet ist und die Interessen der Wilhelmshavener Bevölkerung bezüglich Arbeitsplätze und Steuereinnahmen ignoriert.

Mit Arbeitsplatzversprechungen im Bereich von mehreren Tausend wurde bereits in den 70er Jahren bei der Aufspülung des Voslapper und Rüstersieler Grodens die Bevölkerung geködert. Geblieben sind von den Versprechungen ein paar Hundert Arbeitsplätze und riesige aufgespülte Flächen, die langsam zumwuchern und bereits jetzt alle Kriterien der FFH und der Vogelschutzrichtlinien der EU erfüllen.

Es kann und darf nicht wahr werden, dass sich solche unsinnigen und unrealistischen Planungen der Vergangenheit wiederholen und erneut ca. tausend Hektar wertvolles Watt- und Wassergebiet sinnlos dem "Hafenwahn" geopfert werden.

BI gegen den JadeWeserPort



schnittsgewicht lag also gerade mal bei 10 t pro Container.

Ein 12.000 TEU Mega-Carrier wäre also selbst bei voll ausgefüllter Stellplatzkapazität um 36.000 bis 48.000 t unterausgelastet - was als geringerer Tiefgang (schätzungsweise 13 m) zu Buche schlagen würde.

Damit kommen selbst diese Schiffe in einem großen Tide-Zeitfenster die Elbe und Weser hoch.

► Darüber hinaus kommen diese Schiffe in Hamburg und Bremerhaven nur teilbeladen an und verlassen sie auch wieder teilbeladen, weil sie am Ende der Nordrange liegen; was heißt, dass die Jumbos und Mega-Carrier von Übersee kommend zunächst Felixstowe, Antwerpen und/oder Rotterdam anlaufen, um eine Teilladung zu löschen und nach der Bedienung von Bremerhaven oder Hamburg wiederum Felixstowe, Antwerpen und/oder Rotterdam anlaufen, um das Schiff wieder für die große Reise voll zu kriegen. Jüngster Beleg: Die o.a. "Axel Maersk" machte in Bremerhaven fest, um lediglich 1.400 Container an Bord zu nehmen. □

Internationaler Frauentag

Lebensfreude, Toleranz und ein Puzzle

Zum diesjährigen Frauentag - stets am 8. März - gab es im Pumpwerk ein feines Fest mit Musik, Tanz und Literatur / Kabarett von Frauen aus der Region für Frauen aus der Region. Zu Beginn war es noch schwach besucht, gegen 22 Uhr füllte es sich einigermassen, aber es blieb der Verdacht, dass die Mehrheit sich lieber "Deutschland sucht den Superstar" reinzog. Leider haben diejenigen so manchen wirklichen Superstar im Pumpwerk verpasst.

Wer am späten Vormittag des nächsten Tages wieder fit war, fand sich im Rathaus zum Empfang ein. Überwiegend waren dort ältere Frauen, die am Vorabend nicht mit abgetanzt hatten. Einige SPD-Frauen hielten tapfer während der ganzen Veranstaltung ein Transparent "Frauen wollen Frieden". Angenehm war, dass sich die zu solchen Empfängen üblichen Redner fern hielten. Statt dessen gab es zunächst Grußworte der städtischen Frauenbeauftragten Jutta Niedersen-Marchal, der im Übrigen Dank für die gesamte gelungene Organisation gebührt. Anlässlich der viel besuchten Ausstellung zu Afghanistan erinnerte sie daran, dass die Mehrheit der Opfer moderner Kriege Frauen und Kinder sind. Sie berichtete von der Veranstaltung am Vorabend, die "von Lebensfreude und Toleranz geprägt war".

Bürgermeisterin Ursula Aljets sprach in ihrer Rede ("ich weiß nicht, ob das im Jahr 13 nach dem Fall der Mauer schon möglich ist") einen späten Dank an Clara Zetkin aus, die 1910 den Weltfrauentag ins Leben rief, und würdigte sie in einer kurzen Biografie:

Clara Eißner, geboren 1857, legt 1878 als eine der ersten Frauen das Lehrerinnenexamen ab. Sie heiratet den russischen Sozialisten Ossip Zetkin, dem sie durch Exil und Leiden folgt. Sie arbeitet in Paris als Wäscherin. Nach dem frühen Tod ihres Mannes kehrt sie mit den Kindern nach Deutschland zurück und wird 1907 zur Frauen-Sekretärin der Sozialistischen Internationale gewählt. In dieser Funktion ruft sie 1910 den Weltfrauentag ins Leben.

Ihr Leben war von großen existenziellen Sorgen geprägt. Deshalb hat sie sich für Gleichberechtigung, Frieden und Sozialismus eingesetzt. Ohne Frauen wie sie wäre unsere westliche Gesellschaft in Bezug auf die Rechte der Frauen noch nicht so weit.

Im Anschluss präsentierte Aljets ein kleines Puzzle: "Frauen in unserer Gesellschaft". Die Teile hatte sie in den letzten Tagen gefunden. "Ob sie zusammenpassen? Ich weiß es nicht!"

Teil 1: Am Donnerstag, dem 27. Februar 2003 - dem Tag der Weiberfastnacht - hieß es im ZDF: 'Weiberfastnacht, das ist Frauenbewegung in ihrer schönsten Form!' **Teil 2:** Auf der Wetterkarte sind den Frauen nicht

mehr nur die Tiefs, sondern auch Hochs zugeordnet. Das Hoch 'Helga', das uns in der letzten Zeit über 2 Wochen begleitete, hat noch einmal das segensreiche Wirken von Frauen vor Augen gestellt. **Teil 3:** In der Wilhelmshavener Zeitung vom 4. 3. 2003 eine Statistik: Frauen sind in der Bundesrepublik Deutschland im Schnitt schlechter bezahlt als gleich gut oder schlecht ausgebildete Männer. **Teil 4:** Am Freitag lasen wir im Wirtschaftsteil, jede 3. Frau versorgt Kinder im Haushalt, das sind 12,1 Mio. Frauen."

Trotzdem wurden, so Aljets, in den letzten Jahren viele Verbesserungen erreicht. "Denken Sie nur an unser Rathaus. Früher keine oder kaum Amtsleiterinnen - heute: die wichtigen Ressorts Soziales und Öffentliche Ordnung von Frauen geleitet und sie geben übrigens das meiste städtische Geld aus!"

Eines aber kann auf dem Gesetz- und Verordnungsweg nicht erreicht werden: Das ist die Änderung des gesellschaftlichen Denkens. Und hier ist in der Tat noch ein weites Feld. So habe ich bei durchaus sehr fortschrittlichen Eltern das Zucken gesehen, als ihr 'Stammhalter' den Namen seiner künftigen Ehefrau annahm. Hier ist, in den nächsten 50 Jahren (?) noch ein weites Betätigungsfeld."

Solche Sorgen, wie wir sie haben, wünschten sich sicher die Frauen in Afghanistan und in anderen überwiegend muslimischen Staaten.

Zum Thema Afghanistan gab es später einen beklemmenden Bericht von Frau Haydare Nafisa, die jetzt mit ihrem Mann und zwei Kindern in Wilhelmshaven lebt. Sie hatte 3 Jahre in Kabul in einem von Russen gebauten Kindergarten gearbeitet. Nach den ersten grausamen Erlebnissen von Raketenbeschüssen verkaufte die Familie alles, was sie besaß, um sich Pässe für die Flucht zu beschaffen. Über Moskau kam sie nach Berlin, wo die Eltern mit Handschellen gefesselt und verhaftet wurden. Am Bahnhof erhielten sie Hilfe von einem jungen Afghanen und fanden ihre Kinder in einem Kinderheim wieder. Über Varel und Braunschweig kam die Familie schließlich nach Wilhelmshaven, wo sie viel Hilfe von Marianne Janss und Jutta Brünlow erhielt. Zunächst wohnten sie 3 Monate im Wohnheim Marienstraße, dann 3 Monate am Banter Deich. Insgesamt 9 Jahre mussten sie von Sozialhilfe leben, was sie sehr unglücklich machte, da sie es immer gewohnt waren, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Doch als Asylbewerber erhielten sie keine Arbeitserlaubnis in Deutschland. 1999 erhielten sie dann endlich das Bleiberecht. Sie arbeitete zunächst in einem amerikanischen Schnellimbiss, ihr Mann als Maler und Lackierer. Ein Jahr später wurden sie deutsche Staatsbürger und betreiben jetzt, wieder als Selbstständige, einen kleinen Laden in der Marktstraße.

Lange Zeit kämpfte die Frau darum, ihre



Mutter nach Deutschland zu holen. Nachdem alle Kinder das Land verlassen hatten, war diese ganz allein in Afghanistan zurückgeblieben. Nachdem sie endlich auf Besuch zu ihrer Tochter kommen konnte, wurde sie sehr krank und starb nach der Rückkehr in ihre Heimat.

Das Bild, das Frau Haydare Nafisa von den afghanischen Frauen nach der "Befreiung" zeichnete, unterschied sich doch sehr von dem, das Frau Aljets (besser gesagt die Medien) darstellen. Die "kleinen" Taliban sind immer noch im Alltag präsent, Frauen müssen in deren Gegenwart immer noch verschleiert herumlaufen, andernfalls werden sie durch Vergewaltigungen bestraft. "Keiner kümmert sich jetzt mehr um das, was dort geschieht."

Zum Abschluss las die Deutschtürkin Nurdan Gündüz aus ihrem Buch "Gedichte und ein Kurzroman" (das wir im letzten GEGENWIND besprochen haben). □

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 04421 / 99 49 91
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpfer (verantw. Redakteur), Anette Nowak, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke Zwoch;
Druck: Beta-Druck Auflage: 4.900 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63
Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit) jeweils zum Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 3. April 2003

Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84